

Auszug aus der Niederschrift über die 01.Sitzung der Bürgerschaft am 18.01.2018

Zu TOP : 7.5

zu den Fusionsverhandlungen des Theater Vorpommern

Einreicher: Thomas Lewing, CDU/ FDP-Fraktion

Vorlage: kAF 0006/2018

Anfrage:

Wie ist der derzeitige Stand der Fusionsverhandlungen des Theater Vorpommern zu einem „Staatstheater Nordost“?

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, wie sich die Situation derzeit darstellt und wie diese entstanden ist.

In den letzten 10 Jahren hat die Hansestadt Stralsund, trotz geringer Gelder im Haushalt, Jahr für Jahr eine große Summe Geld für das Theater generiert, insbesondere um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlohnen zu können. Er erinnert dabei auch an die Sanierung des Theaters, durch den erheblichen Zuschuss von Eigenmitteln. Das Theater ist jährlich ein Kostenfaktor von ca. 4 Mio. Euro, sofern die zusätzlichen Kosten mit inbegriffen sind.

In der Hansestadt Stralsund ging das Unterfangen viele Jahre gut, auch deswegen, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Gehalt verzichtet haben. Diesen Aspekt gilt es nach Jahren zu überdenken und die Landesregierung regt an, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren, um eine tarifliche Bezahlung zu gewährleisten. Infolge dessen kam das Thema „Fusion“ auf. Die Hansestadt Rostock soll mit der Landeshauptstadt Schwerin, die Hansestadt Stralsund mit den Städten Greifswald, Neubrandenburg und Neustrelitz fusionieren.

Beim Inkrafttreten einer derartigen Konstruktion werden über 60 Stellen eingespart, das sind ca. 2,5 Mio. € pro Jahr. Aufwendungen u.a. in Bezug auf die Fahrerei oder eines möglichen Zentraldepots sind nicht berechnet. Der Ertrag ist, bezogen auf das Gesamtvolumen aller Häuser in Höhe von 40 Mio. €, nicht ausreichend, um Tariflohn zahlen zu können. Dadurch lässt sich eine Dynamisierung nicht verhindern. Dies wiederum bedeutet, dass die Hansestadt Stralsund weiter auf fremde Mittel in großer Summe angewiesen ist.

Aufgrund dessen und der Tatsache, dass die Städte Neubrandenburg und Neustrelitz große Bedenken geäußert haben, gab es im letzten Jahr einen Termin. Bei diesem wurde ein mögliches Kooperationsmodell angesprochen. Aus der Sicht des Oberbürgermeisters lassen sich aus diesem Modell keine Synergien herleiten.

Aktuell führt die Hansestadt mit den Mitarbeitern Gespräche. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichten auf ein Teil des Gehaltes, wobei sich die Einsparungen um den Teil, der mit Synergien erreicht wird, abbauen.

Der Oberbürgermeister äußert seine Bedenken. Große Einsparungen in der erforderlichen Dimension wird es nicht geben und aus diesem Grund müssen sowohl das Land, als auch die Städte Stralsund und Greifswald und der Landkreis in einem definitiv höheren Maß dynamisieren als bei einer Fusion. Nichtsdestotrotz sind beide Wege vorstellbar.

Zusammenfassend stellt der Oberbürgermeister klar, dass definitiv und zügig gehandelt werden muss, da ansonsten Mitte des Jahres ein großes Problem vorliegt. An den Ausgangsthemen hat sich nichts geändert. Es müssen Gespräche mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, um Lösungen zu entwickeln, die von beiden Seiten vertretbar sind.

Der Oberbürgermeister ist darüber erfreut, dass am 30.01.2018 ein Theatergipfel mit diesem Thema stattfindet.

Des Weiteren müssen die Hansestadt Stralsund, die Stadt Greifswald und der Landkreis strategisch überlegen, welche Position eingenommen wird, da bestehende Verträge laufen. Größere finanzielle Probleme sind abzuwenden. Diese Position wird er den Fraktionsgeschäftsführern bekannt geben.

Abschließend sagt Herr Dr.-Ing. Badrow, dass die Hansestadt Stralsund mit viel Kraft und gegen den inneren Willen u.a. die Grundsteuer B erhöht hat. Die generierten Mehreinnahmen fallen mit den steigenden Kosten des Theaters weg. Dessen ungeachtet ist das große, eigene Theater ein Aushängeschild, eine wichtige Position. Es zeigt, in welchen Dimensionen die Stadt, trotz kritischer Größe, spielen kann und darauf kann Stralsund stolz sein.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 29.01.2018